
Dr. Veit Walthelm: In Nürnberg bleibt die Bahn stehen - Bauindustrie beklagt Investitionsstopp im Bahnbau
Ausbau für den künftigen Bedarf und Substanzerhalt müssen im Bahnbau wieder die Prämissen sein – nicht Haushaltskürzungen, Stillstand und Planungsunsicherheit.

(bbiv) Nürnberg. „Es kommt einer Bankrotterklärung im Bahnbau gleich, wenn im Bundeshaushalt die Mittel für den Schienenbau bis 2008 um insgesamt 3,5 Milliarden Euro gekürzt werden“ beklagte Dr. Veit Walthelm, Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes anlässlich der Tagung „Perspektiven der Bahn in Nordbayern“ am 16. Juni in Nürnberg. Zukunftsperspektiven habe die Region Nordbayern, immerhin die Keimzelle der deutschen Eisenbahn mit dem Adler von Nürnberg nach Fürth, nur wenn der Investitionsetat für die Bahninfrastruktur massiv und nachhaltig ausgeweitet wird und so die Region ihre Chancen durch die EU-Osterweiterung nutzen kann.

„Dass die Investitionen im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums bis 2008 insgesamt um 7,7 Mrd. Euro und damit um ein Fünftel gekürzt werden ist ein Skandal, ebenso wie dass davon 45 Prozent, das sind 3,5 Mrd. Euro, auf die Schiene entfallen“ so Walthelm. „Sieht so die versprochene ökologische Verkehrspolitik der rot-grünen Bundesregierung aus?“ Die niedrige Investitionsquote im Bundeshaushalt - zuletzt 9 Prozent - wird dadurch weiter abfallen. „Unsere Verkehrsinfrastruktur verfällt - mit hohen Folgekosten. Wir vergeifen uns an der Zukunft. Und wir vernichten damit heute Arbeitsplätze“ so Walthelm. „Ist es denn sozial gerecht, dass vor allem Bauarbeiter darunter leiden, wenn der Staat Ausgaben kürzt? Warum baut der Staat nicht sein Personal ab?“ fragt Walthelm. „Insgesamt ist es doch ein Nullsummenspiel. Was der Staat nicht abbaut, muss die Wirtschaft tun.“

Wir müssen in Zukunft das Geld sinnvoller einsetzen, fordert der Vertreter der Bauindustrie. Die Bahn könne viel Geld sparen und bekomme gleichzeitig bessere Baulösungen, wenn sie die bei Planern und Bauunternehmen vorhandene Baukompetenz frühzeitig in ihre Überlegungen einbezieht. Weil die Bahn öffentliche Mittel verbaut, muss sie sich bei der Vergabe von Bauaufträgen wie ein öffentliches Unternehmen verhalten und daher die strengen Vorschriften der VOB/A Abschnitt 3 einhalten. Sie darf sich nicht mit den großzügigeren Regelungen des Abschnitts 4 begnügen, so Dr. Walthelm abschließend. Nur so seien Transparenz und Fairness zu gewährleisten.